

Der Steinmetz

Wochenzeitschrift des Zentralverbandes der Steinmetze Deutschlands

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 3 Mark. — Eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 7528. — An Nichtverbandsmitglieder wird die Zeitung unter Kreuzband nicht versandt.

Schriftleitung und Versandstelle in Leipzig
Gerberstr. 1 IV Viktoriahotel. Fernruf 7503

Schluß des Blattes: Montags, mittag 12 Uhr. — Die Anzeigengebühr beträgt für die dreispaltige Kleinzeile 4 Mark. — Anzeigen werden nur bei vorheriger Einsendung der Kosten aufgenommen. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 50

Sonnabend, den 10. Dezember 1921

25. Jahrgang

Lohnbewegungen.

Zur Beachtung! Notizen unter dieser Rubrik werden nur dann jede Woche wiederholt, wenn der Schriftleitung bis spätestens Montag früh entsprechende Mitteilung vorliegt.

Jedes Verbandsmitglied hat bei Arbeitsangeboten nach den unten genannten Orten unter: „Sperrre, Streit, Zugang fernhalten“ in jedem Fall Erkundigungen von der Ortsverwaltung der betreffenden Zahlstelle einzuziehen. Wer das unterläßt und ein Arbeitsverhältnis nach diesen Orten einget, stellt sich außerhalb des Verbandsrahmens und kann ausgeschlossen werden.

Sperrre:

Betrieb Reiner in Augsburg-Piersee. In Bremen die Grabsteingeschäfte Berger und Traufe, S. Kiedel, Fr. Wachs muth, Eggert, Winter und Kurth. Raumburg (Blak Horn). Jahr i. Baden das Grabsteingeschäft von Franz und Albert Sieferle. Grabsteingeschäft Franz Kolf in Paderborn.

Zugang ist fernzuhalten:

Außer den genannten Orten unter Sperrre nach Gera (Betrieb Korb & Töpelmann), nach Osterwald (Blak Meine & Ulemann), nach Osnabrück (Unternehmer haben Tarif gekündigt).

Erledigte Bewegungen.

Raumburg. Der Stundenlohn für Steinmetzen beträgt vom 12. Dezember an 10,65 M.

Dessau. Ab 25. November erhöht sich der Stundenlohn für Steinmetzen auf 10,35 M.

Gommern. Durch erneute Verhandlungen mit den Unternehmern vom 24. November wurden die Löhne ab 25. November um 15 Prozent, auf die seit 11. November geltenden Sätze erhöht.

Nürnberg. Für Steinmetzen und Schleifer in der Denkmalbranche sowie für Bildhauer erhöht sich vom 28. November der Stundenlohn um 1 M., vom 15. Dezember um weitere 1,30 M.

Duisburg. Ab 1. Dezember werden 15 M. Stundenlohn bezahlt (bisher 11 M.). Hilfsarbeiter von 16—17 Jahren 8,10 M. (6 M.), 17—18 Jahren 8,75 M. (6,50 M.), 18—19 Jahren 9,45 M. (7 M.), 19—20 Jahren 10,80 M. (8 M.), über 21 Jahre 13 M. (9 M.). Dieses Abkommen hat Gültigkeit bis zum 31. Dezember dieses Jahres. Die eingeklammerten Zahlen bedeuten die vorhergehenden Löhne.

Jannowitz. Für die Orte des Riesengebirges wurde vereinbart: Vom 1. Dezember wird der Zuschlag auf den Reichstarif (Schleiferei) um 100 Prozent, auf 810 Prozent erhöht. Die Stundenlöhne betragen vom selben Datum für Steinmetzen 9,10 M., Spalter 8,20 M., Hilfsarbeiter 7,75 M.

Berlin. Löhne der Marmorgruppe vom 1. Dezember an: Für Steinmetzen 15 M., Schleifer, Fräser, Dreher usw. 14,80 M., Anfänger im Beruf im ersten 1/2 Jahr 9,50 M., nach einem 1/2 Jahr 11,50 M., nach 1 Jahr 13 M., nach 1 Jahr 14,80 M., Hof- und Hilfsarbeiter im ersten 1/2 Jahr 9,50 M., nach einem 1/2 Jahr 11 M., nach 1 Jahr 11,75 M., nach einem Jahr 12,50 M. Frauen im ersten 1/2 Jahre 7,25 M., nach einem 1/2 Jahre 8,75 M., nach 1 Jahre 10 M. Diese Löhne haben Gültigkeit für den Monat Dezember.

Wollen und Können.

Ueber das, was die Gewerkschaftsbewegung will, sind in der Arbeiterschaft wenig Meinungsverschiedenheiten vorhanden. Jeder Arbeiter weiß, daß die Gewerkschaft die Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft darstellt und er kennt — auch wenn er sich nur in oberflächlicher Weise mit diesem Problem beschäftigt hat — das Ziel der Gewerkschaftsbewegung: die Arbeiterklasse auf ein möglichst günstiges wirtschaftliches Niveau zu bringen und alle Vorteile zu nützen, die diesem Hauptzweck zu dienen geeignet sind. Wenn auch bei der Einschätzung aller Nebenzwecke der Gewerkschaft, den Unterstützungseinrichtungen der verschiedensten Art, der Sehung des geistigen Niveaus der Arbeiterklasse und sonstiger dem Hauptzweck der Gewerkschaft dienender Stützen schon immer Meinungsverschiedenheiten geherrscht haben, so war die Anstrengung und Erfüllung des Hauptzwecks gemeinsames Fühlen und Denken, konnte sich der Streit nur um das „Wie“, nie aber um das „Was“ drehen.

Also war um das, was wir wollen, niemals Streit innerhalb der Gewerkschaften. Jedoch zieht sich wie ein roter Faden durch jede Gewerkschaft der permanente Streit über das, was wir können. Hier stoßen die Geister — und nach dem Weltkrieg mehr denn vor ihm — hart aufeinander und diese Meinungsverschiedenheit hat schon unzählige Nebenschläger verursacht. Denn die Meinung über unser „Können“, das heißt unsere tatsächliche Kraft, unterliegt der individuellen Beurteilung. Jeder wird sie von seinem persönlichen Standpunkt aus anders einschätzen, denn es gehört dazu ein ganzer Komplex von wirtschaftlichen Tatsachen und Einflüssen. Das Gesamtmaß unseres Könnens, dargestellt durch Zusammenfassung aller Einzelwillen, die je nach Temperament und Interesse mehr oder weniger dem Hauptzweck zu dienen gewillt sind, wird in oft einschneidender Weise durch andere wirtschaftliche Strömungen beeinflusst, so durch die Macht des organisierten wirtschaftlichen Gegners und die jeweilige Wirtschaftsfunktion. Erst wenn alle diese Kräfte in richtiger Weise abgewogen sind, dann ergibt sich das Ausmaß unserer tatsächlichen Macht und dann erst läßt sich mit einiger Sicherheit entscheiden, ob dem Wollen (dem Wunsch) das Können (die Tat) folgen soll oder nicht.

Es ist ohne weiteres verständlich, daß bei solchen Einschätzungen das Urteil des Einzelnen recht verschieden ausfällt. Gewöhnlich ist in der Arbeiterschaft die Meinung vorherrschend, die eigene Kraft höher und die gegnerischen Kräfte niedriger einzuschätzen; die Macht des eigenen Könnens also höher einzuschätzen, als sie in Wirklichkeit ist. Und hier haben wir den Angelpunkt des steten Streits innerhalb der Gewerkschaften. Wird dieser Streit sachlich und ohne jede Voreingenommenheit geführt, das heißt, legt man dabei auch jeder gegnerischen Anschauung strengsachliche Motive zugrunde, so schadet dieser Streit nichts. Er kann im Gegenteil nur von Nutzen sein, denn er klärt die Geister und fördert das Allgemeinwissen über die wirtschaftlichen Kräfte und Zusammenhänge. Wird der Streit jedoch zu einem gehässigen, wirft man dem Meinungsgegner persönliche Feigheit, Flaumacherei oder gar versteckte Gegnerschaft vor, dann schadet ein solcher Streit, er schafft Verärgerung, stört die notwendige Einheit und Einigkeit und mindert folgergestalt die Kraft des Gesamtkönnens.

Nun ist für jeden, der nicht voreingenommen ist, ganz klar, daß zur Einschätzung der Summe unseres Gesamtkönnens eine gewisse Erfahrung gehört, die sich am besten der beschaffen kann, der im Dienste der Gewerkschaftsbewegung jorzuzagen reiflos aufgeführt, das ist der Gewerkschaftsführer. Womit beileibe nicht gesagt sein soll, daß nur er aus der Weisheit Born schöpfen kann und daß der im Dienste des Unternehmertums Siebende sich dieses Wissen nicht auch aneignen könnte. Wäre das der Fall, dann wäre es traurig um uns bestellt, denn vielfach stände ja dann der Gewerkschaftsführer in kritischen Situationen mit seiner Auffassung ganz allein auf weiter Flur. So liegt es nicht. Im Gegenteil werden wir immer finden, daß bei einem Streit über das Können dem sich der vorherrschenden Auffassung entgegenstehenden Gewerkschaftsführer aus den Reihen der Arbeiter Sukturs erhebt. Und nicht etwa, weil die ihm Verpflichtenden sich willenlos seiner „Autorität“ beugen, sondern aus innerer Ueberzeugung heraus. Das ist zu begrüßen und zeugt von zunehmender Reife in der Beurteilung dessen, was auf gewerkschaftlichem Gebiete möglich ist.

Dieser Streit über Können und Wollen hat schon des öfteren böse Formen angenommen und die Gewerkschaftsführer in „Verzweiflung“ gebracht. Und doch wäre, falls sie anders handeln würden, ihr Handeln und Tun ein solches, dem die Verantwortlichkeit abgeht. Es wäre ja für den Führer viel leichter, wenn er als unverantwortlicher Panzereuleiter aufzutreten und unbekümmert um alle Fährnisse zum fruchtlosen Kampf aufzufahren würde. Denn für ihn wäre ja auch im Falle einer Streiterklärung gesorgt, er selbst hätte ja die wenigsten Opfer im Kampfe zu bringen, das müssen die Streitenden tun, die mit jeder Woche große Einbußen an ihrem Einkommen erleiden. Wenn es aber so liegt, dann hätte er sich recht jeder Denke die Pflicht, hinter der abwägenden Stellungnahme des Gewerkschaftsführers nur rein sachliche Momente zu suchen, als ihn, wie es vielfach geschieht, als „Feigling“ oder „Verräter“ hinzustellen. Es kommt ja auch noch hinzu, daß es bei Durchführung eines Streiks — und jeder Streit kostet Geld — nicht sein Geld ist, das für den Streit geopfert wird. Es ist vielmehr das Geld der Allgemeinheit, und der Gewerkschaftsführer hat daran nur soviel Anteil, als auf ihn als einzelnes Mitglied der Gewerkschaft entfällt, also eine völlig belanglose Summe.

Deshalb sollte es in der Gewerkschaftsbewegung guter Brauch werden, bei allen Auseinandersetzungen über die Grenzen der Gewerkschaftsmacht oder — um im Rahmen der gleichen Ausdrucksweise zu bleiben — über unser Können stets die kühlste Sachlichkeit obwalten zu lassen. Sind die Chancen eines in Aussicht genommenen Kampfes gut, dann wird auch der Gewerkschaftsführer auf der Seite der „ja“ Kampfe Drängenden zu finden sein. Sind sie dagegen ungünstig, so erfüllt er nur seine unabhängige Pflicht, wenn er die ungünstigen Momente nicht verschweigt und offen und ehrlich vom Kampf abträt. Es wäre jämmerliche Pflichtverletzung, wenn er anders handeln würde. Aber nicht er allein soll sich zu seinem Standpunkt bekennen, sondern auch die Mitglieder sollen sich mehr und mehr zu einem nüchternen Urteil über den Umfang unseres Könnens auftraffen und jede unvernünftige Desperatoperität im Gewerkschaftsleben ablehnen.

Wollen und Können — der Unterschied ist oft recht groß. Das Wollen liegt klar zutage für jeden, der in der Gewerkschaft tätig ist. Das Können jedoch erfordert vor Eintritt in die Tat reifliche Erwägung. Nicht nur nach der einen Seite, ob die Organisation festgelegt ist und über die nötigen Kampfsmittel verfügt, sondern auch nach der anderen Seite, ob die Unternehmerorganisation mehr oder weniger stark und vor allem, ob die Geschäftslage so ist, daß mit einiger Sicherheit in möglichster Kürze ein Kampferfolg in Aussicht steht. All dies sind die Inponderabillen jeder Bewegung, deren lebendige Kräfte sich in jedem Kampfe geltend machen und dessen Ausgang entscheidend beeinflussen. Darum werde sich jeder über das Können klar! Und falls dabei Meinungsverschiedenheiten auftreten, dann setze jeder bei jedem voraus bestes Wollen und ehrliches Streben für die Gesamtbewegung! Dann wird diese und jeder Einzelne davon nur profitieren zum Besten des Ganzen!

Wissenschaftliche Betriebsführung.

II.

In Nr. 46 des „Steinmetz“ ist im Nachsatz des Artikels unter obiger Ueberschrift gesagt, daß ein weiterer Artikel sich mit der Uebertragung dieses Systems auf unsere Industrie beschäftigen soll. Bevor jedoch darauf eingegangen wird, soll uns die Eigenart und Vielseitigkeit der Steinindustrie, sowie auch die verschiedenen Arbeitsweisen beschäftigen. Komplizierte Maschinenarbeit als eigentliche Voraussetzung zur Einführung des Taylorsystems oder der wissenschaftlichen Betriebsführung ist nur in der Marmorbranche vorhanden und auch nur, wo kunstgewerbliche Arbeiten hergestellt werden. In den übrigen Marmorbetrieben und in den Granitschleifereien beschränkt sich die Maschinenarbeit lediglich auf Sägen, Schleifmaschinen, Schurscheiben und Carborundumzägen. In einigen Granitschleifereien sind allerdings auch Säulendrehbänke vorhanden, die aber nur ganz selten in Gebrauch genommen werden, weil die Säulen vom Steinmetzen schneller und billiger hergestellt werden. In der Sandstein- und Muschelschleiferei existieren in einzelnen Brüchen wohl Tremsägen, die aber meistens nur wegen Materialersparnis in Gang gehalten werden. Eine größere Bedeutung kommt ihnen nicht zu, zumal die Arbeiten in diesen Gesteinen steinmetztechnisch bearbeitet verlangt werden. Auch Drehbänke finden wir von früher noch auf verschiedenen größeren Steinmetzplätzen, leider fehlen aber, infolge der veränderten Architektur, heute die geeigneten Arbeiten dafür, wie ja überhaupt infolge der großen Geldentwertung Naturstein zu heimischen Bauzwecken nur in äußerst geringem Maße Verwendung findet. Aus diesem Grunde ist es auch leicht erklärlich, daß sich diese Gruppen, ebenfalls auch die Granitwerksteinindustrie zum größten Teil auf Denkmalarbeiten umgestellt haben. Die Vielseitigkeit und reiche Formgestaltung der Denkmäler läßt aber die Maschinenarbeit nur in ganz beschränktem Maße zu, vielmehr wird hier nur der Steinmetz mit seiner Handarbeit je nach Veranlagung und Geschicklichkeit stets das Beste leisten. Das gleiche trifft auch auf die Pflastersteinindustrie (mit Ausnahme von Kleinpflaster), etwas auch auf die Schotterindustrie zu, so daß mit Recht gesagt werden kann, daß das Handwerksmäßige in unserer Industrie noch vorherrschend ist und voraussichtlich noch lange bleiben wird, besonders in der Steinmetzbranche. Daß die Leistungen der Steinmetzen in der verschiedenen Bearbeitungsweise, z. B. Flächen, Profile oder Aufschlagen und speziell im Weichgestein verschieden sind, braucht nicht erst betont werden. Je nach Geschicklich-

keit ergibt sich dies von selbst. Am meisten wird jedoch der betreffende Kollege im Vorteil sein, der auf verschiedenen Werkplätzen gearbeitet und sich von den unterschiedlichen Arbeitsmethoden stets das vorteilhafteste angeeignet hat.

Obwohl, wie bereits gesagt, der eine oder andere Steinmetz auf diesem oder jenem Gebiete leistungsfähiger ist, wird sich jedoch eine Spezialisierung der einzelnen Arbeiten nicht durchführen lassen, wenn nicht unerträgliche Härten, die Berufsfreudigkeit ungeheuer schädigend, eingeführt werden sollen, was aber die wissenschaftliche Betriebsführung gerade vermeiden will. Außerdem sind sämtliche angeführten Arbeiten meist an einem Werkstück vorhanden, so daß schon aus Gerechtigkeitsgefühl jeder sein angefangenes Werkstück selber fertigstellen muß, dann würde noch durch das öftere Umbänken ein Arbeitszeitverlust eintreten, der auch durch die Spezialisierung nicht behoben wird. Dasselbe, was hier von den Kollegen der Weichgesteinindustrie gesagt wird, kann unbedingt auch auf die Kollegen der „harten Kunst“ ausgedehnt werden, wobei allerdings in der Granitschleiferei, sowie in der Marmorbranche bereits infolge einer Spezialisierung eingetreten ist, daß die Plattenarbeiten ständig von einer bestimmten Anzahl Kollegen ausgeführt werden. Zu einem Teil trifft dies auch für die Werksteinindustrie zu, dort sind z. B. in größeren Betrieben dauernd Kollegen nur mit Rands- oder Vorkleinarbeiten beschäftigt, die dadurch mitunter mehr verdienen wie der geübteste Steinmetz bei sogenannten guten Arbeiten. Bezüglich der Vorkleinarbeiten kann aber für die Kollegen, sowie auch für die Betriebe, noch eine ganz bedeutende Erleichterung eingeführt werden, wenn endlich die vielen 100 Sorten normalisiert würden, dadurch könnte erstens die Beschäftigung der Kollegen bei schlechtem Geschäftszug ermöglicht, außerdem aber auch der Absatz des Betriebes erleichtert werden, daselbst müßte ebenfalls auch für die vielen Pflastersteinarten angebahnt werden. Eine Vereinheitlichung (Zapfenung) dieser Arbeiten ist im Interesse eines geregelteren Geschäftszuges und besserer Ausnutzung der Arbeitskräfte dringend zu wünschen.

Eigenartig, ja zum Teil direkt arbeitskraftverschwendend, wird in manchen Betrieben der Granitschleifereien gewirtschaftet auf Kosten der Arbeiterschaft. So müssen oft Stüde zwei- bis dreimal aufgebänkt werden, bevor sie fertig gestellt werden. Diese unrationelle Arbeitsweise, daß zuerst die Flächen gespitzt, dann grob geschliffen, von da wieder zum Steinmetzen, um vielleicht einige Augen anzuarbeiten, dann nochmals auf die Schurscheibe und von hier wiederum zum Steinmetzen, um endlich eine Fase oder Falz anzuarbeiten, muß beseitigt werden. Eine derartige Zeit- und Kraftvergeudung liegt sicher nicht im Interesse des Betriebes, erst recht aber nicht im Interesse des Arbeiters! Die Betriebsführung in diesen Betrieben müssen den Arbeitsprozeß dahin verkürzen streben, daß die Stüde nach dem Abspielen gleich gut ausgeschliffen werden. Ebenso verschwenderisch wird mit der Arbeitskraft und der Energie in manchen Schleifereien umgegangen. Die Rundschleifmaschinen, zumzeit sehr veraltet, auch die Riemen und sonstigen Zubehörteile nicht in Ordnung, kommt es doch vor, daß die Schleifer die Riemen fründlich auflegen müssen und dabei noch längere Zeit entweder auf das Riemenstücken warten oder selber flicken müssen, auch das „Maschinenwachen“ erfordert oft längeren Maschinenstillstand. Diese Arbeit muß Hilfskräften übertragen werden, damit die Arbeitsenergie nicht unnötig vergeudet wird. Auch bezüglich des Auf- und Umbänkens hat die Betriebsleitung ihre Anordnungen so zu treffen, damit die zu schleifenden Werkstücke bis zur Maschine herangebracht werden, um möglichst jede Zeitverlängerung bzw. jeden Maschinenstillstand zu vermeiden, außerdem ist aber Vorbedingung, daß stets gutes Schleifmaterial vorhanden ist, um vollwertige Arbeit erzielen zu können.

Genau so verworren wie in manchen Betrieben sieht es in den Brüchen aus. Die Steingewinnung liegt überhaupt noch sehr im Argen. Der primitive Handbetrieb überwiegt auch hier gegen den modernen Betrieb, dies trifft hauptsächlich Marmor- und Granitbrüche. Von diesen Brüchen werden nur ganz wenige rationell betrieben, obwohl eigentlich unsere Verhältnisse mehr denn je darauf hindeuten. Die Schuld liegt aber auch mit daran, daß oft mehrere Unternehmer einen Felsen zu gleicher Zeit abbauen. Jeder will möglichst viel Ausbeute haben, aber dabei kein genügendes Anlagekapital riskieren, trotzdem der gemeinschaftliche Abbau mit den nötigen maschinellen Anlagen billiger und rationeller betrieben werden kann. Genau wie die Gewinnung, sind die Beförderungsmittel im unzulänglichen Zustand, mitunter muß das gebrochene Material stundenweit mit dem Fuhrwerk befördert werden, bevor es entweder zur Weiterverarbeitung oder per Bahn verbracht wird; während dem oft durch Gleisanlagen schneller und billiger abgeholfen werden könnte. Trotzdem soll aber auch aus Gerechtigkeitsgefühl anerkannt werden, daß wir eine kleinere Anzahl Brüche, hauptsächlich in der Pflasterstein- und Schotterindustrie haben, die in wahrhaft musterzüglicher Weise betrieben werden, und die dementsprechend Gewinn abwerfen.

Wenn hier die Steinindustrie mit all ihren Fehlern und Mängeln flüchtig ist, so wollen wir mit Ausnahme der einzelnen wenigen Werke beweisen, daß an eine Spezialisierung der einzelnen Arbeiten, mit Ausnahme der Plattenfabrikation und der kunstgewerblichen Arbeiten, in dem unter Artikel I niedergelegten Sinn nicht zu denken ist; doch können und müssen die geschädigten Kräfte abgestellt werden! Wo alles auf außerordentlichste Kraftentfaltung eingestellt ist, kann die Steinindustrie sich solchen geschädigten Luxus von Energie- oder Kraftverschwendung (Maschinen und Personen) nicht länger mehr leisten. Einer großzügigen Betriebsleitung wird es im Verein mit der Betriebsvertretung nicht schwerfallen, diese Mängel abzustellen und die Betriebe rentabler zu gestalten. Die auf diese Weise erzielten Mehreinnahmen werden sicher genügen, um die Löhne unserer Kollegen den heutigen Verhältnissen anzupassen.

Die wissenschaftliche Betriebsführung steht aber noch andere Verpflichtungen voraus, die zur Aufrechterhaltung unserer Industrie äußerst brennend sind, und das betrifft in erster Linie die Frage und Bildung unseres Nachwuchses. Schon jetzt macht sich überall das Fehlen geübter Arbeitskräfte bemerkbar, was zum großen Teil wiederum auf die ungenügende Entlohnung zurückzuführen ist, durch die ein Teil Kollegen, und nicht die schlechtesten, sich in anderer Industrie bereits eine neue Existenz gesucht haben, und jüngere Kräfte zur Erlernung unseres Handwerks nicht zu bewegen sind. Dieser Grund wird auch dazu führen, daß in einigen Jahren unsere Industrie den an sie gestellten Anforderungen nicht mehr genügen kann, es muß deshalb im Interesse unserer Industrie dringend verlangt werden, daß auf der Grundage der allgemeinen Richtlinien des Zentralverbandes der Steinmetz, die allen maßgebenden Verbänden der Steinindustrie übermittelt wurden, endlich eine Verständigung erzielt wird, die

Aus den Zahlstellen.

Abbitz. Am Sonntag, dem 27. November, fand unsere Mitgliederversammlung statt. Auf der Tagesordnung standen: 1. Quartalsabrechnung, 2. Bericht über die Verhandlung am 23. November in Nürnberg, betreffs Teuerungszulagen. Zu Punkt 1 gab der Kassierer ausführlichen Bericht über die Kassenverwaltung. Nachdem von den Mitgliedern keine Einwendungen erhoben, wurde der Kassierer entlastet. Zu Punkt 2 gab der Vorsitzende Bericht. Es kam zu einer lebhafte Aussprache, man brauche sich gewiß nicht zu wundern, wenn die Kollegen radikal auftreten, denn seither haben die Betriebe eine Prämie, die pro Stunde 1 Mark ausmachte und jetzt soll sie ohne weiteres fortfallen, weil es — Winter ist, nur der Tariflohn gezahlt werden. Sollten es die Unternehmer jetzt durchsetzen, ohne eine andere Verständigung zu finden, dann werden sie im Frühjahr die Schlussfolgerung selber tragen müssen; denn der Lohn, der den Steinarbeitern bezahlt wird, ist in keiner Weise gerechtfertigt. Punkt 3: Beitragserhöhung, gab das selbe Bild wie bei der Teuerungszulage. Ach und Krach, aber trotz der schlechten Löhne sind sich die Kollegen immer noch nicht klar genug, daß man den Schottermerken den Rücken kehrt und sich dem Bauarbeiterberuf zuwendet. Darum Kollegen, meidet den Beruf der Steinarbeiter. Die Gauleitung, sowie die Zentrale erluchen wir, bei der Frühjahrsbewegung die schärfsten Mittel zu treffen, die nur in diesem Falle angewendet werden können.

Eberbach (Baden). Der hiesige Streik, der am 20. August seinen Anfang genommen, hätte für uns günstig ausfallen können. Von der örtlichen Zahlstellenverwaltung waren alle Maßnahmen getroffen, den Kampf so lange zu führen, bis unsere berechtigten Forderungen voll bewilligt wurden; denn familiäre Steinarbeiter waren anderswo in Arbeit untergebracht mit durchschnittlich höherem Lohn als im Steinbruch. Kein Steinarbeiter hatte also dieserhalb die geringste Not. Aber nun sind als erste die Polierer (die in anderen Betrieben in solchen Fällen sich auf die Seite der Arbeiter stellen) zum Werkzeug der Unternehmer geworden und haben bei verschiedenen Kollegen durch Verleumdung des Verbandes und seiner Leitung den verderblichen Samen ausgestreut, es fanden sich auf allen Werksplätzen (bis auf einen) zuerst in Heimer, dann immer stärker wachsender Zahl die Streikbrecher, ohne sich etwa ein Gewissen daraus zu machen, der Kollegenschaft in den Rücken zu fallen. Leider waren es auch jene, die am lauteften für den Streik gestimmt haben! Auf Grund dieses Zustandes wurde der Streik für beendet erklärt. Streikbrecher haben es also vermocht, den standhaft gebliebenen Kollegen das Stück Brot vom Munde zu stehlen. Fremde Kollegen mögen jedoch Eberbach meiden.

Zilling. Gutbesuchte Versammlung vom 27. November. Punkt 1: Stellungnahme zur Teuerungszulage. Die kommenden Tarifverhandlungen. Der Vorsitzende verlas ein Schreiben von der Gauleitung, daß ab 1. Dezember die Teuerungszulage von 530 auf 630 Prozent erhöht wird. Die Hilfsarbeiter erhalten demnach einen Durchschnittslohn von 4 M., die Brecher 6.80 M. und die Schmiede einen von 8.70 M. Da die Unternehmer in den hiesigen zehn Betrieben an Stundenlöhnen für die Hilfsarbeiter nicht alle gleich zahlen, kann kein genaues Ergebnis erzielt werden. Kollege Fuchs (Hilfsarbeiter) stellte den Antrag, eine gemeinsame Aktion zu unternehmen, um dadurch den Hilfsarbeitern einen besseren Lohn zu ermöglichen. Es ist bedauerlich, wenn man einen Blick in die kinderreiche Familie eines Hilfsarbeiters macht, große Not ist da zu sehen; dieses können wir teilweise ändern, wenn wir alle dazu beitragen, damit auch die Hilfsarbeiter nicht immer ein so kümmerliches Leben zu führen brauchen. Die Teuerung, die hier in dem kleinen Orte herrscht, ist fast eine Großstadt nahe. Bald wird man nicht mehr imstande sein, so viel Geld aufzubringen, um die täglichen Gebrauchsartikel zu kaufen. Durch die kommende Beitragserhöhung kommen die drei letzten Klassen wieder in Frage. Ein Antrag, in höhere Beitragsklassen zu treten, wurde nach längerer Diskussion entschieden abgelehnt, obwohl auf die besseren Verhältnisse an Streik- und Krankenunterstützung hingewiesen wurde. Ferner wurde gerügt, daß manche Kollegen sich an das Beitragszählen nicht recht gewöhnen können. Wer in Zukunft länger als zwei Monate rückständig bleibt, wird unmissverständlich gestrichen. Der abgereifte Steinarbeiter Johann Heininger, der bei der Verbandsinteressen in größtmöglicher Weise verlehrt, rief unter den Kollegen eine Aussprache hervor. Wir machen alle Zahlstellen aufmerksam, wenn er in einer Zahlstelle auftauchen sollte. Mit einem kräftigen Appell schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Lauterbach. Versammlung am 20. November 1921 im Saalbau zum Johannesberg. Vorsitzender Müller eröffnete die hartbeachtete Versammlung, teilte mit, daß Gauleiter Menges zum erstenmal in einer Vollversammlung bei uns weise und er hoffe, daß dessen Vortrag feste Wurzeln bei den Kollegen fesse. Kollege Menges referierte dann über „Entwicklung und Aufgaben der Gewerkschaften“. Ausgehend von den Vorläufen der Gewerkschaften kam der Referent in 1 1/2 stündiger mühsamer Rede über alle Zwischenstadien zu den Gewerkschaften in ihrer heutigen Form. Seine Rede klang aus in einem warmen Appell an alle Kollegen, an der Erreichung unserer Ziele rege mitzuarbeiten. Sodann besprach Kollege Selbmann lokale Angelegenheiten und kam auf die Teuerung, den Selbstkauf von Industriellen, den er einer scharfen Kritik unterzog. Er schloß seine Ausführungen, für eine endgültige restlose Sozialisierung eintretend. In der Diskussion richtete Kollege Wacker einige Anfragen an den Gauleiter, die von ihm beantwortet wurden. Der Antrag des Kollegen Rininius land auf Ergänzungswahl des Vorstandes wird bis zur nächsten Generalversammlung zurückgestellt. Die Versammlung hat einen sehr würdigen Verlauf genommen, jeder Kollege konnte mit voller Befriedigung nach Hause gehen.

Kiel. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung am 24. November beschäftigte sich mit der ungünstigen Lage am Ort. Veranlassung dazu gab wie schon so oft das provokatorische Auftreten des Steinmeisters Köppler. Derselbe hat auf seinem Werkplatz die Arbeitszeit auf drei Tage reduziert, angeblich wegen ungünstigen Geschäftsgangs. Wie zum Hohn hat er seinen Leuten erklärt, wenn ihr 12 Stunden arbeiten wollt, dann könnt ihr den ganzen Winter voll arbeiten. Es ist zwar schon längst jedem älteren Steinmecher klar, daß ein Steinmeister aus ganz besonderem Holz geschnitten ist, doch Herr Köppler legt durch seine fortwährenden Ständereien allem die Krone auf, rüden doch selbst seine Kollegen von ihm ab. Derselbe Herr Köppler ist es auch gewesen, der vor gar nicht langer Zeit erklärt hat: „Glauben Sie ja nicht, wenn Sie bei mir aufhören, daß ein anderer Sie einstellt, das kostet 1000 M Strafe!“ Es wird Sache der Kieler Steinmeister sein, zu erklären, entweder dieser Verstoß gegen die guten Sitten besteht noch heute, oder aber Herr Köppler ist ein eifriger Schwäger. Es wurde ferner festgestellt, daß Herr Köppler mehrere Waggons fertige Sachen von Bensheim bezieht, also einerseits die Arbeiten von auswärtig beziehen und über die Arbeiter am Ort die Hungerpreise schwängen, und dann wollen sich diese Herren aufregen, wenn ein Steinmeister durch die Not gezwungen, ein Stück Arbeit in eigener Regie annimmt. Die Kieler Steinmeister werden nochmals mit der Forderung an die Meister herantreten, wenigstens so viel Arbeit am Ort herstellen zu lassen, daß alle festhastigen Kollegen voll beschäftigt werden können. Lehnen sie auch dies ab, dann bleibt den Kieler Steinarbeitern kein anderer Ausweg mehr, als die Selbsthilfe zu organisieren.

Gummersbach. Die am 26. November im Hotel Theis in Dieringhausen tagende Generalversammlung hatte eine reichhaltige Tagesordnung zu erledigen. Zu Tarifangelegenheiten berichtete die Tarifkommission, daß am 22. November für die Tarifdauer bis zum 31. Dezember eine Teuerungszulage von 3.50 M. pro Stunde der westdeutschen Hartstein-Industrie unterbreitet worden wäre. Den Wünschen der Kollegen aus einzelnen Bezirken, eine einmalige Teuerungszulage von 2000 M. könne nicht entsprochen werden, da wir bei der Durchführung derartiger Zulagen auf große Schwierigkeiten stoßen würden, weil noch eine starke Fluktuation in vielen Betrieben vorhanden ist. Auch sei die Forderung der Tarifkommission von beiden Verbänden gestellt worden und auch schon dem Arbeitgeberverband überreicht. Die gestellten Anträge wurden zurückgezogen. Dann folgte eine lebhafte Debatte über die letzte Tarifverhandlung. Alle waren davon durchdrungen, daß es heute in der Zeit der Geldentwertung nicht mehr möglich wäre, langfristige Tarifverträge abzuschließen, wie es im Reichsarbeitsvertrag vorgesehen ist. Auch die neue Schlichtungsordnung mit den vielen Instanzen hat sich in der gegenwärtigen Zeit als unhaltbar erwiesen. Der Vorstand der Zahlstelle wird beauftragt, beim Hauptverband die Kündigung des Reichsarbeitsvertrages resp. Schlichtungsordnung zum 1. Januar 1922 zu beantragen. (Dieses allgemeine Begehren trifft wohl nicht auf den Reichsarbeitsvertrag zu, einmal ist er nur ein Rahmentarif, gilt stets nur ein

Jahr und überläßt die materielle Regelung den Bezirken. Es wäre äußerst kurzfristig, diesen Mantelvertrag ganz zu beseitigen, oder ihn etwa in den Strudel der kurzfristigen bezirklichen Abmachungen mit einzubeziehen. Meinhart verhält es sich mit der Schlichtungsordnung, es fehlt zur Begründung der Kündigung sicherlich bis dato jede Erfahrung mit dieser kürzlich in Kraft getretenen Instanz. Von Augenblicksentscheidungen haben wir in den Gewerkschaften uns noch nie leisten lassen und werden es auch nicht in diesem Fall. Die Kündigung des RAV, wie es die Gummersbacher Kollegen verlangen, kann deshalb nicht in Frage kommen, wäre es anders, träte auf unsere Bohnenpolitik der Ausspruch zu: „Nim in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln.“ (Reaktion.) Der Bezirkslohnrat soll am 1. Dezember zum 31. Dezember 1921 gekündigt werden. Ab 1. Januar soll die 1., 3., 4. und 5. Beitragsklasse eingeführt werden, als Vorkaufszulage wird ein Markt pro Woche erhoben werden. Wegen der neuen Beitragsregulierung werden die Mitglieder dringender ersucht, bis Jahreschluss die Beiträge zu entrichten, damit sich die Geschäfte der Zahlstelle glatt abwickeln können. Dann wurde die Gründung Sozialer Baubetriebe G. m. b. H. besprochen. Die Gewerkschaften des Ortsausschusses Gummersbach des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes sollen die Träger der Gesellschaft sein. Der Vorstand wird bevollmächtigt, sich mit einer Summe bis 10 000 M. an der Gründung der Gesellschaft Oberbergische Bauhütte zu beteiligen. Dem Antrag entsprechend des Reichsbund der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen, um eine Unterführung zu der Weichnachtschleuse der Kriegswaisen werden 500 M. bewilligt. Die Versammlung dankt den Kollegen von der Zahlstelle Hunsdinkel für die rege Sammlung von 4010 M. für unsere Streit. Damit war die Tagesordnung erschöpft.

Schupbach. Die am 22. November, abends 7 1/2 Uhr, beim Gastwirt Janger einberufene Versammlung war zahlreich besetzt, namentlich die auswärtigen Kollegen waren stark vertreten. Nach Eröffnung der Versammlung durch den Kollegen Kramer hielt Gauleiter Kollege Braun ein Referat über die neuen Aufgaben der Gewerkschaften, was von der Versammlung mit großem Beifall aufgenommen wurde. In der darauffolgenden Aussprache wurde dann der Stand unserer neuen Lohnverhandlung besprochen, und das Verhalten der Unternehmer einer Kritik unterzogen. Das Angebot, was uns die Herren bezüglich unserer Forderung gemacht haben, ist zu gering und wurde von der Versammlung abgelehnt. Nun, Kollegen, liegt es an uns, unsere Forderung wirksam durchzuführen. Geschlossen wie ein Mann hinter die Organisation. Hinweg mit aller Quertreiberei. Rüttelt die Sämnigen auf. Kein Zurück mehr. Nur so können wir unsere Hungerlöhne einigermassen den Verhältnissen anpassen.

Greifess. Die am 26. November tagende Versammlung war mäßig besucht. Tagesordnung war I. Kassenbericht vom III. Quartal; II. Bericht über die Ergänzungen des Tarifvertrages; III. über eine Besprechung in Schwarzenbach; IV. über Kartellbildung; V. Wahl eines Delegierten zur Pfälzer-Tarifverhandlungen; Zu Punkt I erörterte der Kassierer den Kassenbericht; er wurde für gut befunden und der Kassierer entlastet. Zu Punkt II gab der Vorsitzende Bericht über Tarifergänzungen zum Tarifvertrag; hier setzte lebhafte Debatte ein. Die Steinmecher übten Kritik an dem schlechten Tarifabschluss, der nicht wert ist, gebredt zu werden. Von einer Verbesserung der Grundlöhne ist fast gar keine Rede. Die Steinmecher mußten sich bis jetzt schon immer mit Hungerlöhnen abfinden, durch diesen Tarifabschluss sollen sie noch weitere Monate an solche traurige Entlohnung gebunden sein. Scharf kritisiert wurde die Regelung des Werkzeuges. Es befürwortet jeder Kollege die Einführung des freien Werkzeuges, aber daß die Herren Arbeitgeber das früher von den Kollegen gekaufte Werkzeug jetzt durch einige Papiermark kaufen wollen, wurde von sämtlichen mitbilligt. Die Kollegen legen scharfsten Protest ein gegen den Tarifabschluss, keiner ist gewillt, sein eigenes Werkzeug abzuliefern. Die Stundenlöhne der Brecher und Hilfsarbeiter müssen ebenfalls als Hungerlöhne bezeichnet werden. Zu Punkt III erörterte Kollege Gradel kurz Bericht. Unter anderem wurde bei dieser Besprechung die Forderung einer Wirtschaftsbefreiung angeregt. Den Versuch machten auch die Greifesser Kollegen. Doch für so ein Verlangen haben die Arbeitgeber kein Verständnis. Von der Firma Künzler & Schiedler wurde das Gesuch mit einer fast spöttischen Schreibweise abgelehnt; z. B., daß sie (die Arbeiter) auch vordem nicht gerade in Geldverlegenheit gewesen sein können, dient doch als Beweis der Umstand, daß sie ganz willkürlich 3 Tage nicht gearbeitet haben. Der dabei erlittene Lohnausfall hätte gut verbienen werden können.“ Hier werden den Steinarbeitern die 3 Tage Streik im Juli 1921 unter die Nase gerieben. Uebrigens sind die Kollegen der Ansicht, daß der Firmeninhaber von dieser Schreibweise wenig oder gar keine Kenntnis besitzt, sondern sie nur von den Angestellten ausgeführt wird. Die andern Arbeitgeber haben auf die Eingaben überhaupt nicht geantwortet. Diese Handlungsweise wurde von den Kollegen mit Entrüstung zur Kenntnis genommen. Zum Punkt IV gab der Vorsitzende eingehenden Bericht, es beifall die Ausnützung der Weichmainwasserkraft. Das Ausbauprojekt ist vom Bezirk übernommen worden, was ein rentables Unternehmen garantiert. Die Stellungnahme unserer Bezirke wurde für gut gehalten. Einer Sammlung im Bezirk für die Bedürftigsten wurde zugestimmt. Zu Punkt V wurde der Vorsitzende zum Delegierten nach Regensburg gewählt. Zu Punkt VI wurde den kranken Kollegen Karl Jahrel 100 M. aus der Lokalfasse bewilligt. Auch wurde beschlossen, die Beiträge der ausgesetzten kranken Kollegen aus der Lokalfasse zu deden. Mit kurzen Worten streifte der Vorsitzende die schlechte wirtschaftliche Lage der Steinarbeiter und es bedarf aller Kräfte, um sich aus dieser traurigen Lage herauszuarbeiten. Auch wurde zur regeren und praktischen Tätigkeit der Mitglieder aufgefordert mit den Worten: „Ihr habt die Macht in Händen, wenn ihr nur einig seid!“ schloß er die Versammlung.

Wirtschaftliche und soziale Wochenchau.

Eine der schlimmsten Folgen der gegenwärtigen internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise ist die starke Abhängigkeit von der Börse, in die der deutsche Arbeiter und Angestellte ohne sein Zutun geraten ist. Vor wenigen Wochen ging der Kurs des Dollars an der Berliner Börse bis auf 330 M. Die Hausfrau, die von Devisenmarkt kaum eine Vorstellung hat, bekam wenige Tage später schon ein Bild von dem großen wirtschaftlichen Zusammenhängen, als sie bei ihren Einkäufen erfuhr, daß Margarine, Schmalz, Kaffee und zahlreiche andere Nahrungs- und Genussmittel rapide im Preise gestiegen waren. Die Kaufkraft des Arbeitslohnes war in wenigen Tagen wenigstens 1/2 gefallen. Inzwischen ist aus dem Zusammenreffen verschiedener Passivitäten, von denen die Londoner Moratoriumsverhandlungen an erster Stelle stehen, am Berliner Devisenmarkt eine scharfe Abwärtsbewegung des Kurses der ausländischen Zahlungsmittel eingetreten. Die Kaufkraft der Mark hat sich, soweit die großen internationalen Warenmärkte in Frage kommen, wieder gehoben. Werden wir nun auch innerhalb der nächsten Tage sinkende Preise der wichtigsten Lebensbedürfnisse verzeichnen können? Nach den bisherigen Beobachtungen treten Preissteigerungen am Warenmarkt als Reaktion auf die Erhöhung der Devisenkurse gewöhnlich sehr schnell ein. Gingen sehen sich Senkungen vom Großhandel bis zum Konsumenten meist nur sehr langsam durch. Gewöhnlich bleibt sogar das Preisniveau höher als vor der „Hausse“. Nach zuverlässigen Mitteilungen haben die Verhandlungen in London große Aussicht auf Erfolg. Man rechnet damit, daß nach Erledigung der Januar- und Februarrate, für die England Vorschläge leistet, eine mehrjährige Stundung der Reparationszahlungen zustande kommt. Außer dieser Tatsache sollte die große Masse der Konsumenten, die in den letzten Wochen durch die allgemeine Warenhamsterei irriert und mit großer Sorge um die Zukunft erfüllt wurde, ihre Konsequenzen ziehen. Durch die im Oktober und November getätigten Auslandskäufe am deutschen Warenmarkt sind die Preise für zahlreichste Gebrauchsgüter, besonders für Schuhwerk und Kleidungsstücke, in die Höhe

getrieben worden. Auch jetzt werden diese Waren, obwohl sie noch aus einer Zeit billigerer Produktion stammen, noch hoch im Preise gehalten. Das herannahende Weihnachtsfest begünstigt eine solche Preispolitik. Es ist aber anzunehmen, daß in den ersten Monaten des kommenden Jahres ziemlich viel Ware, die bis jetzt zurückgehalten wurde, auf den Markt geworfen wird. Der Kurssturz der Devisen und Effekten an der letzten Donnerstag-Börse dürfte dann in gewissen Umfang eine Parallelerhöhung im Detailhandel nach sich ziehen. Unter diesen Umständen werden die Konsumenten gut tun, mit der Warenhamsterei aufzuhören und der Verteuerungspolitik gewisser Zwischenhandelspreise die Basis zu entziehen. Es ist sehr wohl möglich, daß wir ähnliche Preisrückgänge wie im Frühjahr 1920 erleben. Die gegenwärtige Krise zeigt, daß Arbeiter und Angestellte und vor allem die Organisations der Konsumenten die Vorgänge an der Devisen- und Wertpapierbörse mit größter Aufmerksamkeit verfolgen müssen. Nicht unter dem Gesichtspunkt der Spekulation, an der auch manche Wühlwüter auf weniger bemittelten Kreisen sich jetzt gründlich die Finger verbrannt haben, sondern im Hinblick auf die engen Wechselwirkungen, die zwischen den Schwankungen des Marktkurses und der Lebenshaltung der breiten Volksschichten bestehen.

Das Moratorium und seine Folgen. Die Berliner Börse hat die Nachrichten über günstige Aussichten eines Moratoriums mit einer scharfen Paufe am Devisen- und Effektenmarkt beantwortet. Das bei einer Stundung der deutschen Reparationszahlungen der Kurs der Mark steigt und dementsprechend der Dollar oder das englische Pfund im Vergleich zur deutschen Währung sich etwas billiger gestalten muß als bisher, wird auch dem Laien ohne weiteres verständlich sein. Nicht ganz so einfach erklärt sich der Rückgang der Kurse von Industrie- und Bankaktien. Man sollte doch meinen, daß auch diese Papiere an Wert gewinnen würden, wenn die schwere Reparationslast eine Erleichterung erfährt. Die Börse hat im Laufe des letzten Jahres die Kurve der Aktien ungefähr in dem Maße gesteigert, wie sich das Kursniveau der ausländischen Zahlungsmittel gehoben hat. Man operierte mit dem Wort vom unermesslichen „Staatsbankrott“ und wies darauf, daß nur noch Sachwerte, d. h. Grundstücke, Gebäude, Maschinen und überhaupt Produktionsmittel aller Art einen wirklichen Wert repräsentierten. Die Effektenkurse standen in keinem angemessenen Verhältnis mehr zur bisherigen oder vorzusiehenden Dividende. Man hatte gewissermaßen den Staatsbankrott im Voraus in die Kurve einkalkuliert, oder, wie es im Börsenjargon heißt, „eskomptiert“. Da jetzt einige Hoffnung auf eine Stabilisierung des Marktkurses besteht, lassen sich natürlich die Phantasieläufe am Aktienmarkt nicht aufrechterhalten.

Es kommen aber noch Erwägungen rein wirtschaftlicher Natur in Frage. Die überraschend schnell eingetretene Bereitwilligkeit Englands, uns ein Moratorium zu gewähren, hat ihre guten Gründe. An dem beängstigenden Steigen der Arbeitslosigkeit im eigenen Lande und der Verminderung des Exports nach dem europäischen Festlande sowie nach allen denjenigen Staaten, die dank ihrer hochwertigen Rohstoffe verhältnismäßig günstig ihren Warenbedarf durch Bestellungen in Deutschland decken konnten, haben gerade die englischen Industriellen die Wirkungen der Reparationszahlungen besonders deutlich beobachtet können. Die sogenannten Antidumpinggesetze, die den Import deutscher Waren mit hohen Zöllen belegten, um der eigenen Industrie die Konkurrenz etwas zu erleichtern, erwiesen sich trotz der höchsten Sperrzölle als wirkungslos, da der rasche Verfall der deutschen Währung auch bei diesen Zöllen noch eine Konkurrenz der deutschen Waren zuließ. Es zeigte sich, daß man eine organische Störung der Weltwirtschaft nicht mit Palliativmitteln beheben konnte. Man mußte sich schon bequemem, den Ursachen nachzugehen. Der englische Vorschlag eines Moratoriums ist diktiert von der Sorge um Handel und Wandel im eigenen Lande. Das muß man sich vor Augen halten, wenn man die möglichen weltwirtschaftlichen Konsequenzen einer solchen Stundung der deutschen Reparationszahlung oder ihrer Umwandlung in Sachleistungen ermessen will. Es kommt den Engländern darauf an, den deutschen Markkurs zu stabilisieren. Sie suchen dies zu erreichen nicht nur durch das Moratorium, sondern auch durch die Forderung einer gründlichen Reform der deutschen Finanzen in den nächsten zwei Jahren und einer internationalen Finanzkontrolle, die von einer Entente-Kommission in Berlin ausgeübt werden soll. Den Heberschuh der deutschen Produktion möchten sie dahin lenken, wo er der englischen Industrie nicht gefährlich werden kann. Außerdem ist den Engländern viel daran gelegen, der deutschen Industrie den Abzug hochwertiger Qualitätswaren, z. B. Farben, Fertigerzeugnisse der Eisen- und Metallbranche usw. im Auslande zu erschweren und Deutschland zur Produktion solcher Waren zu veranlassen, die für England keine große Konkurrenz bedeuten. Trotz der jüngsten, von verhältnismäßig Geistes getragenen Rede des Kolonialministers Churchill, worin er unter anderem darauf hinwies, daß „nur ein gedeihendes und zufriedenes Deutschland zur Wiederbelebung und zur Erneuerung des Ruhmes Europas beitragen würde“, kann man sich der Sorge nicht verschließen, daß England versuchen wird, den Beschäftigungsgrad der eigenen Industrie auf unsere Kosten zu heben und die Last der Arbeitslosigkeit und der Störung der Exportgeschäfte auf uns abzuwälzen. Es wird deshalb aller Aufmerksamkeit der deutschen Vertreter auf den bevorstehenden Konferenzen bedürfen, um solche Bestrebungen abzuwehren und ein Moratorium zu erreichen, das den Lebensinteressen aller beteiligten Staaten Rechnung trägt.

Vom Stande der Erwerbslosigkeit in Deutschland. Trotz des beginnenden Winters hat die Lage des deutschen Arbeitsmarktes sich bisher durchaus nicht verschlechtert. Für verschiedene Berufsarten übersteigt die Nachfrage nach Arbeitern das Angebot noch ganz erheblich und selbst die ungelerten Arbeiter werden in den letzten Wochen vor Weihnachten noch reichlich Beschäftigung finden. Nach den Meldungen der Demobilisierungskommission betrug die Zahl der unterstützten Erwerbslosen im ganzen Reiche am 1. November 151 871 Personen gegen 361 311 am entsprechenden Tage des Vorjahres, und zwar hat sich im Laufe des Jahres die Zahl der männlichen Erwerbslosen von 282 126 auf 115 392 und diejenige der weiblichen von 79 185 auf 36 479 vermindert. Gleichzeitig ist die Zahl der Zuschlagsempfänger (Familienglieder von Vollerwerbslosen) von 302 423 auf 168 214 zurückgegangen. Während im Oktober 1920 noch etwa 82 000 000 M. Unterstützungen gezahlt wurden, brauchten im Oktober 1921 für diesen Zweck nur rund 57 000 000 Mark aufgewendet zu werden. Am 1. November 1921 entfielen in Deutschland auf 1000 Einwohner durchschnittlich 5,3 Vollerwerbslose und Zuschlagsempfänger gegen 6,5 zu Beginn des Vormonats. Den höchsten Stand weist Hamburg auf mit 15,3 pro Mille.

Rundschau.

Gewerkschaftliches. Der Dachdeckerverband beschloß auf seinem erst kürzlich abgehaltenen Verbandstag mit 21 gegen 13 Stimmen die Verschmelzung mit dem Bauarbeiterverband abzulehnen. Es wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der der Zentralvorstand beauftragt wurde, mit aller Kraft für die Schaffung des Baugewerksbundes einzutreten.

Der Zentralverband der Zimmerer hält seinen 22. Verbandstag in der Zeit vom 15. bis 20. Mai ab. Tagungsort ist noch nicht bekannt. Als Verhandlungsgegenstand ist vorgesehen: Baugewerksbund und Sozialisierung des Baugewerbes; auch der

Bauarbeiterverband hat im nächsten Jahr Verbandstag, als wichtiger Versammlungspunkt ist herorzuhoben: Gründung eines deutschen Baugewerksbundes. Rußlandhilfe des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Für die Hungerrußlands sind bis 15. Okt. folgende Beträge eingegangen:

Land	Mitglieder zahl	Währung des Landes	Holländische Währung
Belgien	718 410	213 223,93 Frank	42 500 Gld.
Dänemark	279 255	30 000.— Dän. Kron.	17 200 "
Deutschland	8 000 000	3 735 079,70 Mark	37 500 "
Frankreich	1 500 000	500 000.— Frank	105 000 "
Großbritannien	6 600 000	2 500.— Pfund Sterl.	28 750 "
Italien	2 055 773	1 000 000.— Lire	120 000 "
Luxemburg	27 000	5 000.— Frank	1 000 "
Niederlande	216 581	29 500.— Gulden	29 500 "
Oesterreich	1 000 000	17 281 265,75 Kronen	18 000 "
Schweden	277 242	800 00.— Schwed. Kr.	52 800 "
Schweiz	223 588	50 000.— Frank	27 500 "
Spanien	240 113	28 000.— Pesetas	11 150 "
Tschechoslowakei	740 000	2 000 000.— Tsch.-Sl. Kr.	80 000 "
Intern. Trans- portarb.-Föder.	—	2 000.— Gulden	2 000 "
Internat. Hut- macher-Föder.	—	1 000.— Reichsmark	—
Verchied. Gaden	—	—	1 250 "

Die Gesamtsumme von 574 150 holländischen Gulden entspricht einem Wert von etwa 57 000 000 M. in deutscher Währung.

Der Zentralverband der Schuhmacher, der vor dem Kriege 47 000 und am Jahreschlusse 1918 noch 38 000 Mitglieder zählte, hat nunmehr 100 000 überschritten. Das ist gewiß eine stattliche Kampferkraft für einen Berufsverband und die Freude der organisierten Schuhmacher über diesen Erfolg erfüllt auch uns.

Soziales. Der Achtstundentag. Die deutschen Gewerkschaftsverbände für 1920 beschäftigten sich auch mit der Wirkung und Verbreitung des Achtstundentages. In den Großbetrieben ging die Einführung überall ohne Schwierigkeiten von statten, dagegen ist er in den Kleinbetrieben nur mangelhaft zur Einführung gelangt. Besonders haperte es in den Kleinbetrieben, die nur Lehrlinge beschäftigten und in den Betrieben, in denen der Arbeiter in die Familiengemeinschaft aufgenommen ist. Durchweg mangelhaft ist die Einführung des Achtstundentages in den Gast- und Schankwirtschaften. In manchen Betriebsarten hat sich der Achtstundentag als unpraktisch erwiesen, so in manchen Schmelzbetrieben, so er nicht nur zum Schaden des Unternehmers, sondern auch der Arbeitnehmer gewesen ist. Geklagt wird immer noch über die Schwarzarbeit, die von vielen Arbeitern nach Schluß des Achtstundentages geleistet wird. Das Urteil der einzelnen Bezirke über die Wirkung des Achtstundentages auf die Produktion ist immer noch zurückhaltend. Vielfach wird über mangelhafte Leistung im Verhältnis zur Vorkriegszeit geklagt. Als Grund werden Arbeitsmangel, schlechtes Verhältnis von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, Zeitlohn statt Akkordlohn und politische Momente angegeben. Als sehr bezeichnend kann die Bemerkung der bayrischen Gewerkschaften angegeben werden, daß nach den dortigen Feststellungen nach etwa sechs Arbeitsstunden starke Ermüdung und als Folge davon mindere Leistungen in die Erscheinung treten. Die Arbeiterschaft leidet eben immer noch — und das ist die letzte Ursache der verminderten Produktion — unter den verberberischen Wirkungen der langen Kriegsjahre mit ihrem Hunger und Elend. Erfreulicherweise wurde Nacharbeit nur im äußersten Notfalle gefordert und geleistet. Weder Arbeitgeber noch Arbeitnehmer haben heute noch Freude daran. Auch wurde die Sonntagsarbeit auf das Mindestmaß eingeschränkt. Von Unternehmerseite wegen des 50- bis 100prozentigen Aufschlags. Aber auch von Arbeiterseite ist die Sonntagsarbeit nicht beliebt.

Geburthäufigkeit und soziale Lage. In der Zeitschrift für soziale Hygiene, Fürsorge- und Krankenhauswesen bringt Dr. Fehlinger eine Arbeit über zwei englische Studien, die sich mit dem Problem beschäftigen. Danach ist die Geburthäufigkeit in den untern Volksschichten wenig oder gar nicht zurückgegangen. Das Schwanken der Geburthäufigkeit ging, worauf wir an anderer Stelle schon einmal hinwiesen, bis Ende des 19. Jahrhunderts mit der Preisbewegung parallel, hing also von den sozialen Verhältnissen ab. Nach 1900 jedoch ging diese Wirkung aus einer noch unbekanntem Ursache verloren.

Die **Notstandsarbeiten** sind bekanntlich nur für die Arbeitslosen da. Leider werden in manchen Städten, wie es in einem Bescheide des Reichsarbeitsministers an den deutschen Städtetag heißt, auch Arbeiter zu den Notstandsarbeiten verwendet, die weder erwerbslos waren, noch ohne solche Vermerkung erwerbslos geworden waren. Solch ein unsoziales Verhalten kann nicht geduldet werden.

Amputation und Arbeit. Ueber das Verhältnis von Amputation und Arbeit, das gerade heute nach dem großen Gemehel des Weltkrieges von Interesse ist, bringt Dr. v. Schütz in der Zeitschrift für soziale Hygiene eine Arbeit. Danach hat die Entwicklung des Kunstbeines heute schon einen hohen Stand erreicht. Die Arbeitsfähigkeit wird durch den Verlust eines Beins in den meisten Fällen, in denen am Werkisch oder an der Maschine gearbeitet wird, wenig beeinträchtigt, um so weniger, je tiefer amputiert worden ist. Schwieriger sind die Verhältnisse, wenn der Oberarm amputiert wurde. Das wirtschaftliche Ergebnis bei Armamputationen ist folgendes: Niemals kann die Leistungsfähigkeit des Geunden bei allen Tätigkeiten in einem Berufe erreicht werden. Bei Doppelamputierten ist ein wirtschaftlicher Erfolg so gut wie ausgeschlossen. Bei einseitig Amputierten rührt es sich nach dem Grade der Verstümmelung. Am günstigsten sind unterarmamputierte Landwirte, Schlosser und Schneider. Dann folgen oberarmamputierte Maschinenarbeiter, Buchbinder und Weber. Bei völligem Verlust eines Armes ist im allgemeinen auf ein wirtschaftliches Ergebnis nicht mehr zu rechnen. Im Betriebe mit weitgehender Arbeitsteilung wird nahezu volle Leistungsfähigkeit erreicht. (?)

Wenn die Arbeiter wollen. Endlich ist nun auch für das sozial so überaus rückständige Indien ein sozialpolitisches Programm entworfen worden. Zunächst ist eine Aenderung des Fabrikgesetzes in Bearbeitung, durch die der Schutz der Arbeiter während der Arbeit und zugleich auch deren Ertrag erhöht werden soll. Auch ist eine Schadloshaltung der Arbeiter bei Betriebsunfällen geplant und ferner soll noch das Problem der Einführung von Schlichtungseinrichtungen geprüft werden. Es ist dabei ausdrücklich darauf hingewiesen worden, daß diese sozialen Neuerungen mit Rücksicht auf das starke Anwachsen der Arbeiterbewegung getroffen werden sollten, um der Arbeiterbewegung „Zugeständnisse“ zu machen. Durch eine großartige Agitation ist die Arbeiterbewegung in den letzten Jahren in Indien mächtig gewachsen. Und da konnten die Erfolge nicht ausbleiben. Ein starkes Proletariat ist stets imstande, sich sein wirtschaftliches Recht zu erzwingen.

Genossenschaftliches. Die Genossenschaftsbewegung unter fremdem Zwang. Der sogenannte Friedensvertrag von Versailles und das, was ihm folgte, hat Deutschland bereits viele Tausende von blühenden Genossenschaften gekostet. Namentlich die beiden großen landwirtschaftlichen Genossenschaftsverbände haben schwere Verluste erlitten; doch auch der Deutsche Genossenschaftsverband wurde hart betroffen. Namentlich Elsaß-Lothringen und der polnisch gehobene Teil Preußens mit ihrer blühenden Genossenschaftsbewegung rissen große Lücken in den Bestand der genannten Organisationen. Die Konsumgenossenschaftsbewegung hatte nur im Elsaß stärkere Verbreitung; hier sind große, leistungsfähige Vereine verlorengegangen. Auch im Osten fehlen heute mehrere Genossenschaften, die zu den besten Hoffnungen berechtigten, wie Danzig und Memel. Zu all den Opfern kommt nun noch die Zerreißen der Oberschleiers, die Deutschland natürlich auch zahlreiche Genossenschaften kostet und die eine völlig ungewissen Zukunft überantwortet. Der Zentralverband deutscher Konsumvereine verliert den Konsum- und Sparverein „Vorwärts“ für den Industriebezirk Oberschlesien in Kattowitz. Kennzeichnend für den politischen Unfortschritt, der in der südöstlichen Ecke Deutschlands angerichtet wurde, ist die Tatsache, daß von den sechs Warenabgabestellen des Vereins vier auf künftig volniskem und zwei auf deutschem Gebiet liegen. Organisch Zusammenhängendes wird plump zerrissen. Es bleibt nichts anderes übrig, als für die zwei Warenabgabestellen einen neuen deutschen Verein zu errichten, da Kattowitz zu Polen geschlagen wurde.

Quittung

über eingegangene Gelder vom 12. November bis 3. Dezember 1921.

Kelheim 500.—, Beerwaldermühle 48,20, Neujst 0,50, Hölzenhausen 923.—, Olbernhau 31,50, Oberriedenberg Inf. 12.—, Büdingen 15.—, Helzen 24.—, Bremen Inf. 30.—, Geta Inf. 12.—, Ritting 440.—, Solnhofen 3000.—, Randersacker 1400.—, Queborn 600.—, Lauterbach 3000.—, Frankfurt a. M. 3000.—, Wabbling 195,50, Kuchl Inf. 10.—, Mölln 24.—, Cöthen 28.—, Disbrüden Inf. 28.—, Dresden Inf. 16.—, Bügow 72.—, Hemsbach 3000.—, Waldenburg 451,90, Lüchow 14.—, Rangermünde 21.—, Gotha 42.—, Lützen 24,50, Greiffenberg 10,80, Sprochhövel 500.—, Wiesbaden 1400.—, Schmölln 21.—, Altenburg 21.—, Winzig 27.—, Bad Lausitz 27.—, Weferlingen 21.—, Montabaur 14.—, Halle a. S. Inf. 10.—, Oberaula 800.—, Mühlhausen 8400.—, Löbau 5958,80, Köslin 350.—, Gäßlich 8000.—, Gäßlich 2500.—, Ruhland 35.—, Flensburg 35.—, Schramberg 32,50, Bad Lausitz 28.—, Frankfurt a. O. 17,50, Berlin Inf. 15.—, Marzahn 89.—, Triebendorf 507,05, Langenthalheim 4800.—, Altenheim 2500.—, Obergund (Alg.) 5.—, Ob.-Waldenburg Inf. 28.—, Friesen 25.—, Greußen 104.—, Orbis 30.—, Tiefensee 75,10, Rayen 6123,25, Hölzenhausen 50.—, Bernburg 1000.—, Jany 50.—, Aub 39.—, Singen 84.—, Hamm 49.—, Vörrach 66.—, Drohzig 14.—, Ruhland 31,90, Ströbel 5000.—, Wildenschütz 960.—, Wölfershausen 716,10, Stuttgart 600.—, Schmalldalen 820,20, Dessau Inf. 14.—, Gulding 90.—, Genthin 28.—, Greußen 26,25, Nonnenbach 14.—, Ober-Langenbielau 2,50, Oberneufisch 38,50, Al.-Nüßchen 30.—, Langfisch 17,50, Neichenbach i. Bgl. 62.—, Landstuhl 45.—, Pretzin 24.—, Wismar 56.—, Langfisch 49.—, Friedberg Inf. 25.—, Kuchl Inf. 14.—, Theuma 595,70, Münster 500.—, Grimma 1000.—, Triebendorf 7,20, Schweisweiler 68,50, Selb 500.—, Ruppach 350.—, Kamenz 6880.—, Voßum 560.—, Rostock Inf. 18,80, Essen Inf. 10.—, Almdenshofen 92.—, Kriesch 38,50, Rößingen 14.—, Wimpfen Ab. 26,30, Stettin Inf. 68.—, Weinböhl 35.—, Büchelberg 800.—, Stralsund 168,90, Zapfendorf 65,60.

Ludwig Geist, Kassierer.

Beitragszahlung!

Mit der ersten Woche 1922 tritt die neue Beitragsregulierung in Kraft. Es ist deshalb dringend notwendig, daß die Mitglieder bis zum Jahreschlusse mit der Beitragsleistung auf dem Laufenden sind; denn nach dem 1. Januar 1922 dürfte es um so schwerer fallen, rückständige Beiträge mit auszugleichen. Es sei besonders darauf aufmerksam gemacht, daß das Jahr 1921 mit 53 vollen Wochen abschließt und demzufolge auch 53 Wochenbeiträge geklebt werden müssen. Am Sonntag, dem 10. Dezember ist die 50. Woche zu kleben.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

An die sä u m i g e n Ortsverwaltungen. Das mit nebenstehender Heberchrift an die betreffenden Ortsverwaltungen am 24. November versandte Rundschreiben hat bei manchen Kollegen arg „verschmupft“. Man möchte bald annehmen, daß einige sich nicht einmal die Mühe genommen haben, es ganz zu lesen, bevor sie ihrer Entrüstung in einem geharnischten Schreiben an den Zentralvorstand Luft machten. Nicht nur die mangelhafte Beteiligung an der Abstimmung über die Neuregelung des Beitrags- und Unterstützungswesens wurde gerügt, sondern auch die Nichtbeachtung der zur Ausfüllung überfandten Fragebogen (betrifft die am 1. November bestandenen Lohn- und Arbeitsverhältnisse, das Aussehen der Aufnahmelisten (Mitgliederlisten) sowie die Nichtbeteiligung an der allmonatlich stattfindenden Arbeitslosenanzählung.

Namentlich letztere liegt sehr im argen. Die Arbeitslosenanzählungen sind auch von den Zahlstellen regelmäßig einzufenden, in denen keine Arbeitslose vorhanden sind. Unterbleibt die Meldung, so kann sich der Vorstandsvorstand kein Bild über die allgemeine Lage (Konjunktur) machen, was leicht zur Unterlassung notwendiger Maßnahmen führen kann. Die vielfach verbreitete Annahme, daß den Verwaltungspersonen in den Zahlstellen unnötige Arbeiten aufgebürdet werden, ist irrig. Der Vorstandsvorstand weiß, das meist im Nebenamt sich vollziehende Wirken unserer Funktionäre wohl zu würdigen und zu schätzen, doch kann er auf die freudige und hingebungsvolle Mitarbeit aller dazu Berufenen nicht verzichten. Ein „sanfter Rippenstoß“ darf deshalb nicht übelgenommen werden, doch wäre es uns lieb, wenn der „Druck“ auf die „Säumigen“ von den Mitgliedern der Zahlstellen selbst erfolgte. Verfehlt auch diese Mahnung ihre Wirkung, so wird die Veröffentlichung der betreffenden Zahlstellen vorgenommen.

Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

Carlshafen. Die Mitglieder unserer Zahlstelle werden gebeten, ihre Mitgliedsbücher und -Karten bis zum 1. Januar in der Zahlstelle abzugeben. Es handelt sich um eine Nachkontrolle und Umschreibung der Ortsnummern.

Aunkirchen. Die Interimskarte Nr. 91 826 auf den Namen Johann Grubauer ist verloren worden. Vor Mißbrauch wird gewarnt!

I. Gau. Der Gauleiter Kollege Ritsche ist erkrankt. Bis auf weiteres sind alle Zuschriften an die Ortsverwaltung der Zahlstelle Berlin zu richten und finden von dort aus ihre Erledigung. Ortsverwaltung Zahlstelle Berlin. J. A.: A. Wenzel.

Adressenänderungen.

5. Gau.
Krefeld. Vorj.: Johann Krauß, Fichtestraße 25, Restaurant Hans Haider; Kass.: Wilhelm Büchsen, Auguststraße 67.
Ruppach. Vorj.: Heint. Scheurer, Steinsberg b. Waldmünster a. d. Lahn.

Briefkasten.

Kridenbach, Kassierer. Der Abzug ist nicht richtig vom Meister gehandhabt. Unter Werbungskosten fallen nicht allein die Kranken- und Invalidenversicherungsbeiträge. (Siehe „Steinarbeiter“ Nr. 47.) Aus diesem Grunde mußte in der Zeit vom 1. August bis 31. Oktober 1921 unbedingt 840 M. noch in Abzug gestellt werden und nicht 360 M. Letztere erst vom 1. November an, wenn vom Finanzamt nicht mittlerweile ein vom Steuerzahler bantragter höherer Werbungskostenatz zugelassen wurde. In eurem Fall muß eine Bekwerbe resp. Antrag ans Finanzamt gerichtet werden, damit der damals unterbliebene Abzug nunmehr für drei Monate nachgeholt werden kann. Der Meister hat diesen Antrag zu stellen, denn er war die treibende Kraft zu der Mehrleistung. Wenn nur die Firmenvertreter bei ihrer eigenen Steuerleistung auch so übergenau im Interesse des Staatsfiskus wären, dann wird es sicher nicht fehlen. Aber das Gegenteil wird schon richtiger sein.

Einsendungen an die Schriftleitung, die Zahlstellenaussagenheiten behandeln, müssen immer den Zahlstellenstempel tragen. Verschiedene Vorkommnisse in der jüngsten Zeit zwingen die Schriftleitung zur strengsten Beachtung dieser alten Regel. Die Adresse der Schriftleitung ist nicht Königstraße, wo der Druck der Zeitung erfolgt, sondern Gerber-

straße 1 IV. Das sollte schließlich den Verbandsmitgliedern bekannt sein.

Schriftführer und Artikelreiber! Beachtet bitte bei Einsendungen für den „Steinarbeiter“:

1. Beschreibe niemals beide Seiten.
 2. Schreibe nicht mit Bleistift.
 3. Kürze keine Worte, sondern schreibe jedes Wort vollständig aus.
 4. Korrigiere keine Worte, sondern streiche Falsches aus und setze das Richtige daneben oder darüber.
 5. Nimm nicht zu große Vogen.
 6. Schreibe die Zeilen nicht zu eng.
 7. Schreibe niemals „gestern“ oder „heute“, sondern dafür stets das Datum.
 8. Personennamen immer recht deutlich.
- Der Redakteur hat keine Schreibhilfe und keine Zeit, die Einsendungen nochmals abzuschreiben.

Neue Bücher, Zeitschriften usw.

Von Moses bis Darwin. Zur Geschichte des Entwicklungsgedankens von Gg. Engelbert Graf. Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, Berlin C 2. 1921. 32 Seiten. 3 Mark.

Wie wichtig der Entwicklungsgedanke in seinen Auswirkungen und Anwendungen gerade für die Erziehung ist, das hat Graf in überzeugender und eindringlicher Weise an den verschiedensten Stellen seiner Arbeit auseinandergesetzt. Eine weite Verbreitung des Schrifttums ist daher im Interesse der Aufklärung und Schulung des Proletariats, der Erwachsenen und Jugendlichen, dringend zu wünschen.

Die **Neue Zeit** erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 19,50 Mark das Vierteljahr zu beziehen; kann jedoch bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 1,50 M. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Die **Sozialistische Gemeinde.** Kommunalpolitische Zeitschrift der USPD. erscheint zweimal monatlich. Zu beziehen durch die Post oder vom Verlag Wilhelm Dittmann, Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

„Die Siedlungsgesetzgebung.“ (Einschließlich: Heimstätten-gesetz, Kleingarten- und Pachtgesetzordnung.) Ein Kommentar mit geschichtlicher Einleitung von Dr. Eduard David, M. d. R. 1921 S. 5. Dieb. Nachf. — Buchhandlung Vorwärts, Berlin. (Preis br. 10 M., geb. 15 M.).

Eduard David zeigt in seiner Schrift: „Die Siedlungsgesetzgebung“, in welcher ungeheurer Umfang unproduktiver Großgrundbesitz durch gewaltsam-private und gesetzlich-staatliche Eingriffe in den bäuerlichen Besitz angewachsen ist, so daß die Grundlage für einen leistungsfähigen bäuerlichen Betrieb arg verkümmerte und die Ansiedlungsmöglichkeit auf dem blauen Lande großen Volksmassen stark eingeschränkt wurde. Mit Recht rüttelt David die Landarbeiter, Heimstättenbewohner, die Kleinbauern und Kleingartenpächter zum Zusammenschluß zu mächtiger Organisation auf, um endlich das ideale Ziel der Reichsverfassung verwirklichen zu helfen: jeder Familie ein Wohnstättenheim und jedem Landwirt eine Wirtschaftsheimstätte.

Anzeigen

Trotz sorgfältiger Prüfung aller Arbeitsangebote ist nicht zu vermeiden, daß hin und wieder ein unterläuft, wo das Verhalten des betreffenden Arbeitgebers alles andere notwendig erfordert, nur keine Vermittlung von Arbeitskräften durch den „Steinarbeiter“. Daraus erwächst die Pflicht für unsere Kollegen, nicht sofort an Ort und Stelle zu fahren, sondern sich erst über die Lohn- und Arbeitsbedingungen, sowie Wohnungs- und Ernährungsverhältnisse schriftliche Unterlagen zu verschaffen. Manche Enttäuschung wird damit vermieden, auch mancher Groll gegen den Redakteur.

Berlin

Dienstag, 13. Dezember, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus
Sitzung der Betriebsräte u. Obleute beider Sektionen.
Jeder Platz und Werkstelle muß vertreten sein.
Die Ortsverwaltung.

Jeder kann Schriftzeichnen nach meiner Methode!
Franz Siegler, Bildhauer und Schriftzeichnerei
Sießen (Hessen).
Für Anfänger Unterricht im Schriftzeichnen auf Millimeterpapier!

Sofort gesucht
tüchtiger Terrazzo- und Kunststeinarbeiter
der selbständig arbeiten kann. Zuschriften unter „Terrazzo Nr. 50“ an den „Steinarbeiter“.

Suchen sofort mehrere tüchtige Granitsteinmetzen auf Bau-u. D nkmalarbeit, mehrere tüchtige Granitpflastersteinbauer, 1 Werkzeugschmied für Dauerstellung bei gut-m Lohn.
Schwarzwald-Granit- und Sandsteinwerke Tiefenstein E. Humbert Tiefenstein (Schwarzwald).

Mehrere geübte
Marmor-Schleifer
stellen sofort ein
Fröbel & Co., Erfurt-Nord.

Tüchtige Granit-Steinmetzen, ledig, sofort gesucht.
Granit-Werke Kleber & Co., Neustadt (Odenwald).

Kollegen! Sorgt dafür, daß die von der organisierten Arbeiterkraft ins Leben gerutene

Volkstürlorge
Gewerkschaftl. - Genossenschaftlich
Versicherungs-Aktiengesellschaft
Hamburg 5
überall eingeführt wird.
Meldet Euch bei derselben als Mitarbeiter und fordert weitere Auskunft.

Gestorben.

Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen nur alleinigen Ersatz einzuhandeln werden.)
In **Gommern** am 16. November der Brecher **Michael Stroffinski**, 62 Jahre alt, Kervenschwäche; am 22. November der Pfaltersteinmacher **Heinrich Ebeling**, 58 Jahre alt, Lungenentzündung.
In **Ströbel** am 17. November der Pfaltersteinmacher **Johann Funke**, 61 Jahre alt, Lungenentzündung.
In **Kürnbach** am 25. November der Sandsteinmetz **Ludwig Köhler**, 41 Jahre alt, Magenleiden.
In **Naumburg** am 26. November der Sandsteinmetz **Paul Reizweck**, 43 Jahre alt, Asthma und Herzschwäche.
Ehre ihrem Andenken!

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag von Ernst Winkler, beide in Leipzig.
Gedruckt in der „Freien Presse“, Leipzig.